

Protokoll

zur Sitzung des Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt
Sitzungs-Nr: XVIII/20 BauA
Sitzungstermin: am Dienstag, dem 29.10.2019, 18:04 Uhr bis 23:06 Uhr
Sitzungsort: Aula im Schulzentrum Am Spalterhals, Am Spalterhals

Anwesend sind:

Mitglieder CDU-Fraktion

- | | |
|--------------------------|----------------------|
| 1. Ratsherr | Matthiesen, Max, Dr. |
| 2. Ausschussvorsitzender | Schroth, Gerald |
| 3. Ratsherr | Schumann, Ralf |

Mitglieder SPD-Fraktion

- | | |
|-------------|---------------------------------|
| 4. Ratsherr | Burkat, Ulrich |
| 5. Ratsfrau | Hunte-Grüne, Marlene |
| 6. Ratsherr | Schneider, Maximilian bis TOP 2 |
| 7. Ratsherr | Schönhof, Henning ab TOP 3 |

Mitglieder UWG-Fraktion

- | | |
|-------------|--------------------|
| 8. Ratsherr | Neugebauer, Markus |
|-------------|--------------------|

Mitglieder Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

- | | |
|-------------|-------------------|
| 9. Ratsherr | Dogan, Abdulsalam |
|-------------|-------------------|

Mitglieder AfD-Fraktion

- | | |
|--------------|---------------|
| 10. Ratsherr | Schulz, Peter |
|--------------|---------------|

Mitglieder FDP-Fraktion

- | | |
|--------------|------------------|
| 11. Ratsherr | Wellhausen, Fred |
|--------------|------------------|

Mitglieder Fraktion AFB-WG

- | | |
|--------------|------------------------|
| 12. Ratsfrau | Beckmann, Kerstin, Dr. |
|--------------|------------------------|

Beratende nichtstimmberechtigte Mitglieder

- | | |
|-----------------|-------------------|
| 13. Herr | Freitag, Helmut |
| 14. Herr | Geilmann, Frank |
| 15. Frau | Kellein, Gabriele |
| 16. Seniorenrat | Redlich, Dietmar |

von der Verwaltung

- | | |
|-----------------------------|--------------------------------|
| 17. | Bernsdorff, Rainer |
| 18. Fachdienstleitung III.1 | Bohm, Sönke |
| 19. Fachdienstleiter | Dettmann, Michael |
| 20. Fachdienstleiter | Huschenhöfer, Michael ab TOP 2 |
| 21. Protokollführung | Kuper, Renate |
| 22. Verwaltungsvorstand Bau | Wollny, Alexander |

als Gäste

- | | |
|--------------|-------------------------|
| 23. Büro K4 | Hörter |
| 24. Ratsherr | Neddermeier, Karl-Heinz |
| 25. Büro K4 | Schlosser |

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung der Protokolle über die 17. und 18. Sitzung/XVIII. WP des Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt am 25.06.2019 und 22.08.2019
4. Präsentation Energetisches Quartierskonzept Nordstadt Barsinghausen
5. Bushaltestelle und Querungshilfe Hannoversche Straße
- Antrag der CDU-Fraktion vom 15.08.2019 -
XVIII/0841
6. Sanierung "Rehpfad"
XVIII/0877
7. Situation der Bäume im Stadtgebiet
hier: Bericht der Verwaltung
8. Baumsituation Kirchdorf Die Heide 49/51
XVIII/0879
9. Verlegung Spielplatz "Am Schützenplatz"
XVIII/0885
10. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2020 und 2021
XVIII/0850
11. Mitteilungen der Verwaltung
12. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Nichtöffentliche Sitzung:

13. Bebauungsplan Nr. 44, "Am Rathaus", 5. Änderung, OT Barsinghausen
hier: Städtebaulicher Vertrag über die Übernahme der Planungskosten
XVIII/0884

14. Prioritäten der Bauleitplanung
XVIII/0749
15. Erwerb landwirtschaftlicher Flächen im Stadtgebiet
XVIII/0887
16. Mitteilungen der Verwaltung
17. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung

Herr Schroth eröffnet die 20. Sitzung des Bauausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Bauausschuss gratuliert Frau Hunte-Grüne zum 70. Geburtstag.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Tagesordnung sowie die Behandlung der Tagesordnungspunkte in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung wird genehmigt.

2. Einwohnerfragestunde

Der Bürger Herr Friedrich Meinecke ist Eigentümer des Rottkampweg 85, der ehemaligen Postortsverbindungszentrale in Egestorf. Er fragt, warum im Entwurf des Bebauungsplans 212 Rottkampweg das kleine Industriegebiet nicht ausreichend berücksichtigt wurde in Bezug auf Abstandsregelung und Immission zur Wohnbebauung, so wie es im bestehenden Bebauungsplan 96 beschrieben ist. Ihm entstehe dadurch ein Schaden von 250.000 Euro.

Die Verwaltung antwortet, dass das kleine Gewerbegebiet in ein Wohngebiet überführt werden solle. Das, was Herr Meinecke dort an Gewerbe betreibt, entspreche nicht den Vorgaben im Bebauungsplan. Da es hier ein Einzelfall sei und der Datenschutz eingehalten werden müsse, schlägt die Verwaltung vor, dies bei einem Termin in der Verwaltung zu klären.

Der Ausschussvorsitzende Herr Schroth informiert Herrn Meinecke, dass er mit der Aufhebung des Datenschutzes einverstanden sein müsse und seine persönlichen Daten hier öffentlich gemacht werden, wenn er hier öffentlich darüber diskutieren wolle. Herr Meinecke stimmt der Aufhebung des Datenschutzes zu.

Die Verwaltung gibt daraufhin bekannt, dass die nach Kenntnis der Verwaltung derzeit von Herrn Meinecke ausgeübte gewerbliche Nutzung an dem Standort nicht zulässig sei. Bei den Grundstücken östlich des Grundstücks von Herrn Meinecke handele sich nicht um ein Industriegebiet, sondern um ein Gewerbegebiet. Auf dem Grundstück von Herrn Meinecke, welches als Fläche für Gemeinbedarf ausgewiesen ist, darf nur Post / Telekommunikation betrieben werden. Die derzeitige Nutzung ist nicht genehmigt und auch nicht genehmigungsfähig. Deshalb könne auch kein Schaden entstehen oder entstanden sein. Dies sei bereits in Gesprächen mit der Verwaltung und Herrn Meinecke geklärt worden.

Die Verwaltung gibt weiterhin bekannt, dass die angesprochenen Punkte zum Bebauungsplan 212 alle berücksichtigt worden seien.

Die Bürgerin Frau Owens fragt, wann die beschlossene Sanierung der Kapelle auf dem Friedhof Osterfeld stattfinde.

Der Ausschussvorsitzende Herr Schroth antwortet, dass die Mittel für den nächsten Haushalt eingeplant und der Haushalt verabschiedet werden müsse. Wenn die finanziellen Mittel und die personellen Kapazitäten vorhanden seien, können die konkreten Planungen voraussichtlich im nächsten Jahr beginnen.

Der Bürger Albert Hansen, wohnhaft Birkengrasedeich, merkt an, dass im Umweltbericht zum Bebauungsplan 212 Rottkampweg stehe, dass die Kleingärten nach einer Prüfung durch die kommunale Landschaftsplanung gegebenenfalls gesichert wären. Hierzu fragt er, wer für die kommunale Landschaftsplanung zuständig sei, ob eine Prüfung erfolgt sei und mit welchem Ergebnis.

Die Verwaltung berichtet, dass eine frühzeitige Beteiligung durchgeführt worden sei und dazu die Auswertung vorliege. Weiterhin seien Anregungen und Einwendungen eingegangen. Eine Vielzahl der Anregungen gingen um den Erhalt / Nichterhalt der Kleingartenflächen. Als nächsten Schritt behält sich der Bürgermeister Herr Lahmann vor, ein Gespräch mit dem Eigentümer und allen Pächtern zu führen, um alle offenen Fragen und Punkte zu klären. Dieses Gespräch werde zur Zeit organisiert und kurzfristig stattfinden. Erst wenn die Auswertung dieses Gespräches vorliege, würde sich die Verwaltung für die ein oder andere Variante entscheiden.

Der Bürger Herr Altweis fragt, ob es für den Rottkampweg eine Verkehrsplanung gebe, ob die Straße zweispurig ausgebaut werde mit Gehwegen für die Kindergarten- und Schulkinder oder ob es eine Einbahnstraßenregelung über die Weberstraße geben werden.

Die Verwaltung erwidert, dass diese sich über die verkehrliche Erschließung dieses Gebietes genaue Gedanken machen werde. Ein Verkehrschaos, wie von einigen Anliegern befürchtet, werde aber von Seiten der Verwaltung nicht erwartet.

Der Bürger Herr Holtiegel, wohnhaft am Rottkampweg, meint, dass Herr Wollny den Bürgern eine Anliegerversammlung zugesagt habe. Er kritisiert besonders den Bau von Mehrfamilienhäusern. Herr Wollny erwidert, dass das aktuell geplante Gespräch nur zwischen Herrn Lahmann, dem Eigentümer und den Pächtern stattfinde. Die Bürger haben immer die Möglichkeit sich zu beteiligen. Es gibt formale Beteiligungsschritte. Die Verwaltung plane nicht im Geheimen. Eine öffentliche Informationsveranstaltung wird ggf. zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden.

Herr Holtiegel äußert, dass die Anlieger irritiert seien, dass der Eigentümer einigen Pächtern eine Verlängerung der Pacht um 1 Jahr angeboten habe, andere Pächter jedoch schon ihre Gärten räumen würden. Das sei für die Anwohner eine Zumutung.

Daraufhin entgegnet die Verwaltung, dass es sich hier um privatrechtliche Verträge zwischen Eigentümer und Pächtern handele.

Der Bürger Herr Stöhr aus Egestorf erkundigt sich, ob die Stadt ein städtebauliches Gesamtkonzept für die Entwicklung von Wohngebieten habe und ob die Freiflächen vor dem Deisterwald, das sogenannte Beerbeekental, eine klimaökologische Bedeutung für die anliegenden Ortschaften habe.

Die Verwaltung erwidert, dass sinnvolle Gebiete für die Wohnbebauung ausgewählt werden. Hier handele es sich um ein zentrales Gebiet in der Nähe des ÖPNV. Weiterhin werde seit einigen Ausschüssen intensiv an einem städtebaulichen Gesamtkonzept gearbeitet, nach welchem geeignete Flächen in die weitere Entwicklung eingeplant werden sollen. Hier wird festgelegt, in welcher Reihenfolge in Zukunft die Flächen abgearbeitet werden sollen.

Frau Hunte-Grüne führt aus, dass sie eine Anfrage zum Bebauungsplan 212 Rottkampweg an die Verwaltung per Email geschickt habe. Dies habe sie den Anliegern zugesagt und möchte ihre Anfrage als Frage zur Einwohnerfragestunde berücksichtigt sehen. In der Email schreibe sie, dass bei der Aufstellung des jetzigen Bebauungsplans berücksichtigt werden müsse, dass die Vorläuferbebauungspläne explizit festgesetzt haben, dass die privaten Grünflächen als Dauerkleingärten bezeichnet worden seien. Die Kleingärten seien in den alten Bebauungsplänen planungsrechtlich abgesichert worden. Dies sei auch ein ökologischer Aspekt. Sie fordert, dass die Ausschussmitglieder sicherstellen müssten, dass auch weiterhin Kleingartengelände angeboten werde.

Die Verwaltung entgegnet, dass die Änderung von Planungsrecht etwas völlig Normales sei, um sich geänderten Rahmenbedingungen anpassen zu können.

Der Bürger Michael Wittig, Vorsitzender der SPD Egestorf, spricht das Starkregenereignis von neulich (14./15.10.2019) an. Hier war in Egestorf der Schlamm der Ackerfläche Ammerke über den Parkplatz und den Schulhof der Ernst-Reuter-Schule bis auf die Nienstedter Straße und weiter zur Einmündung der Wennigser Straße geflossen. Herr Wittig fragt, was dagegen in Egestorf getan werde.

Die Verwaltung erwidert, dass es sich um eine private Ackerfläche des Landwirtes handele und dieser in die Pflicht genommen werden müsse. Die Stadt könne wenig bei solchen außergewöhnlichen Naturereignissen machen. Er könne sich nicht daran erinnern, dass es in den letzten 20 Jahren so ein Ereignis gab.

Herr Wittig ergänzt, dass die Feuerwehr Egestorf bereits mehrfach ein Regenrückhaltebecken gefordert habe. Auch sei darüber schon im Stadtentwässerungsausschuss und im Bauausschuss diskutiert worden.

Herr Matthiesen ergänzt, dass ein Regenrückhaltebecken auch bereits geplant worden sei. Es sei nicht weiter verfolgt worden. Ein Regenrückhaltebecken und die Planung des Innenbereichs für die Gäste des Fußballvereins und für Feste in Egestorf stehen noch aus und müssen wieder mit in die Planungen aufgenommen werden.

Frau Dr. Beckmann schließt sich den Aussagen von Herrn Wittig und Herrn Dr. Matthiesen an. Ein weiterer Aspekt sei die Fläche oberhalb der Ackerfläche. Es müsse eine Renaturierung des Stockbaches erfolgen. Gemäß Verursacherprinzip seien auch die Landwirte in der Verantwortung. Damals sei der Flächenkauf durch die Stadt Barsinghausen neben den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen daran gescheitert, dass die Fläche nicht zur Verfügung gestellt wurde. Laut Frau Dr. Beckmann können sich die Ausschussmitglieder sehr gut daran erinnern, dass bei Starkregen der Schlamm über die Nienstedter Straße fließe. Es sei wich-

tig, sich mit dem Thema Flächenbevorratung zu beschäftigen, um ein Regenrückhaltebecken und die Renaturierung der Flüsse und Bäche vornehmen zu können.

Herr Schroth schlägt vor, dass dieses Thema an den Stadtentwässerungsausschuss überwiesen werden solle, damit dieser sich damit beschäftige. Der Vorsitzende des Stadtentwässerungsausschusses Herr Dogan stimmt dem zu.

Ein Bürger merkt zum Thema Starkregen und Bebauungsplan 212 Rottkampweg an, dass auf Grund der Bodenstruktur und der ökologischen Lage die Oberflächenentwässerung durch den Präventionsbereich problematisch werden könne und deshalb ein Hydraulisches Gutachten überaus wichtig sei. Er fragt, wann dieses Gutachten vorliegen werde.

Die Verwaltung erwidert, dass alle Unterlagen, die für die technische Realisierbarkeit eines solchen Vorhabens notwendig sind, bis zur Auslegung vorliegen müssen und er dann das zweite Mal die Möglichkeit haben die Unterlagen einzusehen und seine Anmerkungen dazu zu geben.

Der Bürger Herr Stöhr fragt, ob bekannt sei, dass die Entfernung vom Rottkampweg zur Haltestelle Kirchdorf erheblich größer sei als die Entfernung vom Schulzentrum/Holunderweg zur Haltestelle Kirchdorf und auch größer als die Entfernung vom Sportplatz Kirchdorf zur Haltestelle Kirchdorf.

Herr Schroth antwortet, dass dies bekannt sei, aber auch andere Wohngebiete seien weiter entfernt. Die Kernbereiche Barsinghausen, Kirchdorf und Egestorf seien alle sehr gut durch die ÖPNV erschlossen. Deshalb wird an einer Prioritätenliste für Baugebiete gearbeitet.

3. Genehmigung der Protokolle über die 17. und 18. Sitzung/XVIII. WP des Ausschusses für Planung, Bauen und Umwelt am 25.06.2019 und 22.08.2019

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: zugestimmt

Dem Protokoll über die 17. Sitzung wird zugestimmt.

Dem Protokoll über die 18. Sitzung wird zugestimmt.

4. Präsentation Energetisches Quartierskonzept Nordstadt Barsinghausen

Frau Hörter und Herr Schlosser von der Agentur 4K Kommunikation für Klimaschutz präsentieren die Ergebnisse des Energetischen Quartierskonzeptes der Nordstadt Barsinghausen (Anlage 1).

Die Ausschussmitglieder bedanken sich für den Vortrag.

Einige Mitglieder können sich ein Leuchtturmprojekt vorstellen, bei dem ein Haus energieeffizient saniert werde, um anderen Hauseigentümern dieses zu zeigen und damit zu inspirieren.

**5. Bushaltestelle und Querungshilfe Hannoversche Straße
- Antrag der CDU-Fraktion vom 15.08.2019 -
Vorlage: XVIII/0841**

Herr Dettmann stellt die Beschlussvorlage vor und zeigt dazu eine Präsentation (Anlage 2). Die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion signalisieren internen Beratungsbedarf.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: vertagt

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Querungshilfe über die Hannoversche Straße auf der Höhe des Friedhofs einzurichten. Weiterhin sollen die Bushaltestellen in diesem Bereich eine höchste Priorität in der Sanierung bekommen. Die notwendigen Finanzmittel sind in den Haushalt 2020 aufzunehmen.

**6. Sanierung "Rehpfad"
Vorlage: XVIII/0877**

Die Verwaltung stellt die Beschlussvorlage vor und zeigt dazu eine Präsentation (Anlage 3).

Die Ausschussmitglieder lehnen die von der Verwaltung vorgeschlagene Oberflächenanierung ab.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: zugestimmt mit geänderter Beschlussdarstellung

Die Verwaltung wird beauftragt, auf dem ungewidmeten Teil des Rehpfades einen Profilausgleich mit Schotter vorzunehmen, eine Entwässerungsquerrinne anzulegen und die Gräben zu profilieren.

**7. Situation der Bäume im Stadtgebiet
hier: Bericht der Verwaltung**

Die Verwaltung führt in den Tagesordnungspunkt ein und stellt eine Präsentation vor (Anlage 4).

Auf Nachfragen von Bürgern und Ausschussmitgliedern erläutert die Verwaltung, dass abgestorbene Bäume nicht immer komplett gefällt werden. Wenn keine Gefahr bestehe, bleiben die Ökotoresobäume für Tiere und Insekten stehen. Die Ausschussmitglieder danken für die gute Arbeit. Die Verwaltung habe ein sehr gutes Bewusstsein für Bäume entwickelt.

8. Baumsituation Kirchdorf Die Heide 49/51
Vorlage: XVIII/0879

Die Verwaltung stellt die Beschlussvorlage vor und zeigt dazu eine Präsentation (Anlage 5).

Die Bürgerin Frau Parthen, wohnhaft „Die Heide 51“, fordert die Fällung von zwei Linden vor ihrem Grundstück „Die Heide 51“, da sie sich in ihrer Wohn- und Lebensqualität beeinträchtigt fühle. Sie empfinde die Bäume als zu groß und kritisiert die Verschattung, die „Grüne Wand“, die Schäden an ihrem Zaun und am Gehweg, den klebrigen Honigtau und die Beeinträchtigung, keine energetische Nutzung des Daches vornehmen zu können, da es verschattet werde. Alternativ zur Fällung fordert die Anliegerin einen starken Rückschnitt der Bäume.

Im Bauausschuss besteht Einigkeit darüber, dass die Bäume gesund sind und nicht in direkter Südlage zum Grundstück stehen.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass große Bäume für die Transpirationskühle in der Stadt und für das gesamte Stadtklima notwendig seien. Zusätzlich wird auf die Gesetzeslage hingewiesen.

Die Ausschussmitglieder diskutieren darüber, was laut Beschlussvorlage als Beeinträchtigung, als Gesundheitsgefährdung und als Vermögensnachteil zu verstehen sei und wer darüber entscheide. Es sei wichtig, auch das persönliche Wohl und die subjektive Wahrnehmung der Bürger ernst zu nehmen. Man müsse eine Kompromisslösung finden, mit der die Verwaltung und die Bürger einverstanden seien.

Die Fraktionen möchten sich intern beraten.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: vertagt

1. Die vier Linden, welche sich angrenzend an den Grundstücken von den Anliegern der Straße Die Heide 49, Die Heide 51, Hoher Kamp 1 und Brandtstraße befinden, werden nicht gefällt. Ein Rückschnitt der Bäume erfolgt nur in dem Maße, dass die Bäume keinen Schaden nehmen.
2. Städtische Bäume werden nur unter folgenden Voraussetzungen gefällt:
 - a) Wenn durch städtische Bäume Sachschäden, z.B. an Grundstückseinfriedungen verursacht werden
 - b) Wenn eine Fällung zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherungspflicht erforderlich ist
 - c) Wenn durch Bäume eine unzumutbare Beeinträchtigung der Anlieger einhergeht.

9. Verlegung Spielplatz "Am Schützenplatz"
Vorlage: XVIII/0885

Die Verwaltung stellt die Beschlussvorlage vor und zeigt dazu eine Präsentation (Anlage 6). Die Ausschussmitglieder betonen, dass der derzeitige Standort in unmittelbarer Nähe zu den Reihenhäusern ideal sei und geben zu bedenken, dass der neue Standort direkt an der Bahnlinie liege.

Frau Hunte-Grüne erinnert daran, dass es bereits aus der letzten Wahlperiode Drucksachen mit einem Spielplatzkonzept gebe. Weiterhin erkundigt sie sich, warum die Verlegung 100.000 Euro kosten solle.

Die Verwaltung erläutert, dass der neue Standort verkehrsberuhigt liege und das neue Spielplatzgelände mit einem Gittermattenzaun eingefriedet werde. Zusätzlich werde der Spielplatz mit umfangreichen Spielgeräten für verschiedene Altersklassen bestückt.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Verlegung des Spielplatzes „Am Schützenplatz“ umzusetzen. Die erforderlichen Mittel i.H.v. ca. 100.000 € werden im Finanzhaushalt 2020 zusätzlich veranschlagt.

10. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2020 und 2021
Vorlage: XVIII/0850

Herr Wollny führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Die Verwaltung stellt den Haushaltsplanentwurf für den Fachdienst III.1 Planen und Bauen vor (Anlage 7).

Zunächst werden die vorgegebenen Ziele vorgestellt.

1. Ziel: 90 % der Betriebe, die mit einem Ansiedlungswunsch an die Stadt Barsinghausen treten, soll ein Grundstück angeboten werden.
2. Ziel: Sozialer Wohnraum (Anzahl sozial geförderter Wohneinheiten)
3. Ziel: Sozialer Wohnraum (Mietpreisentwicklung zur allgemeinen Teuerungsrate)
4. Bearbeitungszeiten von Bebauungsplänen reduzieren
5. Marktaktive Leerstandsquote reduzieren

Die Verwaltung erklärt, dass die Ziele messbar, kontrollierbar und beeinflussbar sein müssen. Ziele dienen der Steuerung.

Deshalb sieht sie die Ziele 3-5 als problematisch an. Auf die Mietpreisentwicklung habe die Verwaltung nur mittelbaren und geringen Einfluss. Das Ziel müsse messbar gemacht werden. Ebenso sei es mit der Bearbeitungsdauer von Bebauungsplänen. Erst bei der Planung wird festgestellt, wo es zu Verzögerungen durch externe Faktoren komme. Auch für das Ziel die Leerstände zu reduzieren, stelle sich die Frage, was die Stadtplanung / Bauleitplanung für die Erreichung dieses Ziels tun könne. Dieses Ziel müsse ebenfalls messbar gemacht werden.

Frau Dr. Beckmann berichtet, dass es eine Vorbesprechung zum Haushaltsplan bezüglich der Ziele gab. Sie fordert, dass absolute Zahlen ermittelt werden sollen, um Quoten festzulegen und Maßnahmen zu ergreifen.

Die Ausschussmitglieder einigen sich auf drei Ziele, die bestehen bleiben sollen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ziele bezüglich des sozialen Wohnraums und der Verkürzung von Bauleitplanverfahren genauer zu definieren und messbar zu machen.

1. Ziel: 90 % der Betriebe, die mit einem Ansiedlungswunsch an die Stadt Barsinghausen treten, soll ein Grundstück angeboten werden
2. Ziel: Sozialer Wohnraum (Anzahl sozial geförderter Wohneinheiten)
3. Ziel: Bearbeitungszeiten von Bebauungsplänen reduzieren

In der weiteren Präsentation stellt die Verwaltung die Sach- und Personalaufwendungen vor. Herr Dr. Matthiesen fordert schnellere Personaleinstellungen, um die Bebauungspläne zu entwickeln. Da die Stellen voraussichtlich nicht zeitnah besetzt werden können, schlägt er vor, externe Planer zu beauftragen und die dafür benötigten finanziellen Mittel in den Haushalt einzustellen.

Herr Wollny schlägt vor, erst die kommenden Einstellungsgespräche abzuwarten.

Die Verwaltung stellt den Haushaltsentwurf für den Fachdienst III.2 Tiefbau vor (Anlage 8). Bei der Präsentation der Ziele und Kennzahlen stellt sie die Änderungsvorschläge (siehe Präsentation, Folie 9 und 17) vor. Diesen Änderungen stimmen die Ausschussmitglieder zu.

Beschlussdarstellung:

Beratungsergebnis: behandelt mit geänderter Beschlussdarstellung

Der Rat beschließt,

1. Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Jahr 2020 wird einschließlich der gesetzlichen Anlagen beschlossen.
2. Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für das Jahr 2021 wird einschließlich der gesetzlichen Anlagen unter der Maßgabe beschlossen, dem Rat eine Nachtrags- haushaltssatzung im November 2020 vorzulegen, sollte sich abzeichnen, dass der Haushalt 2021 nicht ausgeglichen sein wird.

11. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Wollny berichtet über den aktuellen Sachstand der Umplanung des City-Centers. In den vergangenen Wochen wurde in verschiedenen Artikeln über den aktuellen Sachstand der Umplanungen des City-Centers Barsinghausen berichtet. Hierzu hat es Gespräche mit der Familie Widdel und der Norddeutschen Wohnbau zu den aktuellen Planungsabsichten gegeben. In diesem Gespräch und einer schriftlichen Stellungnahme konnten die entstandenen Irritationen weitestgehend ausgeräumt werden. Die in der Junisitzung vorgestellte Vari-

ante stellt auch weiterhin den aktuellen Planungsstand dar. Es ist nicht beabsichtigt, Teile des Gebäudes leer stehen zu lassen. Gleichwohl kann es natürlich sein, dass aus technischen Gründen (Baugrund, Altlasten, vorhandene Baustruktur) Anpassungen der Planung erforderlich werden. Es ist aber weiterhin beabsichtigt, die Planung in enger Abstimmung mit der Stadtverwaltung voranzutreiben.

Herr Wollny informiert über den Regionswettbewerb: Unser Dorf hat Zukunft. Hier können Ortsteile mit bis zu 3.000 Einwohnern teilnehmen. Hierzu können interessierte Bürger Kontakt zur Verwaltung aufnehmen. Meldungen müssen bis zum 31.01.2020 eingegangen sein.

Herr Wollny stellt den Sachstand zum Ehrenmal am Steinradweg dar (Anlage 9).

Die Verwaltung berichtet zum Thema Straßenbeleuchtung an der Bahn vom Buchenweg zum Rottkampweg. Da die Gespräche mit den Grundstückseigentümern und der Deutschen Bahn noch ausstehen, lehnt der Ausschuss die Veranschlagung der Mittel in Höhe von ca. 45.000 Euro im Haushalt zunächst ab. Nach einer Rückmeldung der Eigentümer sollen die erforderlichen Mittel für die Beleuchtung gegebenenfalls per Nachtragshaushalt generiert werden. In diesem Zusammenhang wurde der Wunsch einer Bürgerin aus dem Dorfrundgang Egestorf vorgetragen, auf diesem Weg Winterdienst durchführen zu lassen, vorgetragen. Dies wurde vom Ausschuss abgelehnt.

Die Verwaltung berichtet zum TOP 2 des 19. Bauausschusses vom 29.08.2019: Die Kaltenbornstraße werde provisorisch repariert. Dazu werden die Löcher verfüllt und partiell eine Dünnschicht auf die Fahrbahn aufgetragen. Diese koste ca. 20.000 bis 25.000 Euro.

Die Verwaltung berichtet über die Entwässerung des Fahrstuhls am Bahnhof / ZOB: Der Fahrstuhl erhält ein Vordach, das Pflaster vor dem Fahrstuhl wird angeschrägt und die Türen entsprechend angepasst, so dass das Wasser nicht mehr in den Fahrstuhl laufen kann. Darüber hinaus ist eine Tauchpumpe in den Fahrstuhlschacht installiert worden. Das Problem des drückenden Wassers im Tunnelbauwerk will die Bahn im Zuge der Bahnhofssanierung lösen.

12. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Es wird angemerkt, dass an der Treppe zur Unterführung am Bahnhof 2 Stufen lose seien. Die Verwaltung sagt zu, diesen Missstand zu prüfen und zu reparieren.

Protokollnotiz: Der Auftrag wurde bereits am Tag nach dem Bauausschuss erteilt.

Die Sitzung wird um 23:06 Uhr geschlossen.

Kuper
Protokollführung